

[http://www.bietigheimerzeitung.de/bz1/news/stadt\\_kreis\\_artikel.php?artikel=6222442](http://www.bietigheimerzeitung.de/bz1/news/stadt_kreis_artikel.php?artikel=6222442)

**BESIGHEIM, 18. APRIL 2012**

## **21 Windräder sind denkbar**

### **Gemeindeverwaltungsverband Besigheim: Standortgutachten in Sachen Windkraft vorgestellt**

Die Kommunen sind angehalten, geeignete Orte für Windräder zu benennen. In der Versammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Besigheim wurde jetzt ein Standortgutachten zur Windkraft vorgestellt.



Noch Zukunftsmusik: Doch schon bald könnte es im Landkreis Ludwigsburg neben dem Ingersheimer Windrad noch viele weitere Anlagen geben. Rund um Besigheim gibt es Potenzial für über 20 Anlagen. Foto: Archiv

Bis auf den letzten Platz besetzt waren die Zuschauerränge im Besigheimer Ratssaal bei der vorgestrigen Sitzung des Gemeindeverwaltungsverbands (GVV) Besigheim. Eigentlich ungewöhnlich für eine Verbandsversammlung, wie Bürgermeister und Verbandsvorsitzender Steffen Bühler feststellte. Meist bleibt das Gremium, dem Abgesandte aus den Verbandsgemeinden Besigheim, Freudental, Gemmrigheim, Hessigheim, Löchgau, Mundelsheim und Walheim angehören, unter sich.

Nicht so am Montagabend, als das Thema Windkraft auf der Tagesordnung stand. Sowohl Befürworter als auch Gegner von Windkraftanlagen im Umkreis von Besigheim hatten ihre Bataillone aufgeboten. Walter Müller verteilte ein Flugblatt der Initiative "Gegenwind Husarenhof", während Windkraftbefürworter Heinrich Blasenbrei-Wurtz gern etwas technischen Sachverstand in die Beratungsrunde am großen Sitzungstisch gebracht hätte. Dazu kam es allerdings nicht: Der Vorsitzende gestattete keinerlei Beiträge aus den Reihen der Zuhörer.

Dass man sich im Gemeindeverwaltungsverband jetzt mit der Windkraft beschäftigen muss, liegt an einer Weisung der grün-roten Landesregierung. Wie berichtet, wird es gemäß dem neuen Landesplanungsgesetz keine Ausschlussgebiete für Windräder mehr geben. Städte und Gemeinden sind stattdessen aufgerufen, bis zum 1. Dezember 2012 so genannte Vorranggebiete zu benennen, in denen sie Windenergieanlagen für möglich und wünschenswert halten. Tun sie das nicht, greift die Privilegierung für Windräder im Außenbereich, und ein Investor kann an jeder von ihm für geeignet erachteten Stelle ein Windrad aufstellen, so lange er immissionsschutzrechtliche Vorschriften einhält.

Ein im Auftrag des GVV Besigheim erstelltes Gutachten des Ludwigsburger Planungsbüros Kerker, Müller und Braunbeck (KMB) kommt zum Schluss, dass im Verbandsgebiet 21 Windräder aufgestellt werden könnten. Mögliche Standorte gibt es in Gemmrigheim, Hessigheim, Löchgau, bei den Wannengrabenhöfen in Walheim und beim Besigheimer Husarenhof.

Dessen Bewohner haben jetzt in einem Brief an Bürgermeister Steffen Bühler gefordert, den Husarenhof bei der Planung nicht als Aussiedlerhof, sondern als Dorfgebiet zu betrachten. Das hätte zur Folge, dass bei der Aufstellung von Windrädern größere Abstandsflächen einzuhalten wären.

An den genannten Standorten sind 60 Prozent des im Erneuerbaren-Energien-Gesetz genannten Referenzertrages zu erwarten; das entspricht einer Windgeschwindigkeit von mindestens fünf Metern pro Sekunde. Damit ist das Ende der Fahnenstange auch schon fast erreicht, denn wie Jan Strohner von KMB auf Anfrage mitteilte, wird im gesamten Verbandsgebiet die nächste Stufe, das sind 80 Prozent des Referenzertrages, schon nicht mehr erreicht.

Setzt man die notwendige Windgeschwindigkeit um 0,3 Meter pro Sekunde herab, tun sich weitere Suchflächen in Ottmarsheim und Mundelsheim auf. Man bleibe damit immer noch im Bereich der Ungenauigkeit, die der Windatlas Baden-Württemberg aufweise, erläuterte KMB-Geschäftsführer Uwe Müller.

Dem Mundelsheimer Bürgermeister Holger Haist ging es weniger um die Wirtschaftlichkeit als um das sich ändernde Landschaftsbild. Er verlangte weitere Darstellungen - etwa dreidimensionale Modelle oder Fotomontagen - , um die Auswirkungen auf die Landschaft besser beurteilen zu können.

Ohne solche Unterlagen könne der Mundelsheimer Gemeinderat keine Entscheidung treffen, betonte Haist. Steffen Bühler zeigte Verständnis, wies aber darauf hin, dass die Mehrkosten für eine erweiterte Darstellung vom Verband nur dann getragen würden, wenn alle Gemeinden eine solche Darstellung wünschten.

Parallel zu den Beratungen in den Gremien der Verbandsgemeinden wird Bühler jetzt ein entsprechendes Angebot von KMB einholen. Die Debatte um die Windkraft in den Gemeinden ist eröffnet.

Redaktion: ROLAND WILLEKE